

Kiel, den 12. 7. 2000
Es gilt das gesprochene Wort

Dringlichkeitsantrag: Zukunft der Agrar- und Ernährungswissenschaftlichen Fakultät

Anke Spoorendonk: „Fakultät muss erhalten bleiben“

Es ist noch nicht lange her, dass der Landtag ein neues Hochschulgesetz beschlossen hat, das den Hochschulen des Landes relativ weite Autonomie im strukturellen und finanziellen Bereich gewährt. Das Hochschulgesetz ist vom SSW mitgetragen worden, und dazu stehen wir auch.

Ich habe damals aber auch gesagt, dass es nun darauf ankommt, dass die Landesregierung die Hochschulen finanziell nicht im Stich lässt und dass die Hochschulen verantwortungsbewusst mit den neuen Freiheiten umgehen.

Was wir hier im Moment erleben, sind ganz offenbar heftige Anfangsschwierigkeiten in den neuen Abgrenzungen der Befugnisse von Landesregierung, Landtag, Rektorat, Hochschulgremien, Fakultäten und der Basis an der Uni Kiel. Die Finanzsituation des Landes gestattet nur einen deutlich kleineren Etat für die Universität Kiel als sie ihn angefordert hat, so dass die Hochschule zu drastischen Einsparungen gezwungen ist. Das sieht der SSW mit großem Bedauern, denn Bildung ist einer der letzten Bereiche, wo gespart werden darf. Man muss aber auch redlich sein und allen Pauschalkritikern von Einsparungen sagen, dass dies die bitteren, aber unabwendbaren finanziellen Tatsachen sind. Auch die Hochschulen müssen sparen, aber das kann nicht bedeuten, dass sie kaputtgespart werden sollen, dass Kernbereiche und renommierte Spezialbereiche, die das Profil jeder einzelnen Hochschule bilden, zerschlagen werden. Es kommt ganz im Gegenteil darauf an, dass die einzelnen Hochschulen ihr Profil

schärfen und sich somit in der regionalen, nationalen und internationalen Hochschullandschaft einzigartig und unverwechselbar machen.

Die Universität Kiel ist in ihren strukturellen Entscheidungen autonom, das akzeptiert der SSW. Aus Verantwortung für die Hochschullandschaft Schleswig-Holstein sowie für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein **appellieren wir jedoch eindringlich an die Christian-Albrechts-Universität Kiel, Abstand davon zu nehmen, die Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät de jure oder de facto aufzulösen.**

Der SSW ist der Meinung, dass die Agrar-Fakultät der Uni Kiel sehr erfolgreich arbeitet und unbedingt zum Profil der Universität Kiel gehören sollte. Die höchste Anzahl von Absolventen je Professor und die zweite Stelle an Drittmitteln im bundesweiten Vergleich der Agrar-Fakultäten sprechen eine deutliche Sprache. Die Universität Kiel wäre schlecht beraten, wenn sie diese erfolgreiche Fakultät einsparen würde. Agrarwissenschaften könnte man nach einer Schließung als nächstes nur in Göttingen studieren - das ist nicht zumutbar.

Wir werden uns später mit der Ostzusammenarbeit befassen. Den Kooperationsvertrag mit Kaliningrad hat die Kieler Agrar-Fakultät abgeschlossen. Vor dem Hintergrund des neuen Hochschulgesetzes stimmt der SSW dem Änderungsantrag der Mehrheitsfraktionen zu. So muss das Verfahren sein. Es ist für den Landtag wichtig, den Prozess zu begleiten und deutlich zu machen, dass eine Schließung der Agrar-Fakultät nicht der richtige Weg ist. Es ist vielleicht hochschulintern der Weg des geringsten Widerstandes, aber das reicht nicht. Gleichzeitig sollte es uns zu denken geben, dass die Agrar-Fakultät ihre Hausaufgaben hinsichtlich der neuen Rahmenbedingungen schon gelöst hat: Modellprojekt Globalhaushalt, neue Institutsstrukturen usw.

Vor diesem Hintergrund haben wir allen Grund zu bedauern, wie diese Debatte aufgekommen ist - nicht zuletzt, weil wir dadurch den wenig fruchtbaren Konflikt „Landwirtschaft kontra Politik“ bekommen. In so einer Auseinandersetzung gibt es genügend Feindbilder, die aktiviert werden können. Daher: die Agrarwissenschaftliche Fakultät ist nicht der verlängerte Arm der Landwirtschaft. Ich habe Verständnis dafür, dass sich der Bauernverband engagiert, aber es sollte klar sein: Wir haben es mit Hochschulpolitik und dem Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein zu tun.

Der SSW tritt für den Erhalt der Fakultät ein; wir können aber auch nicht so tun, als gäbe es keine neuen Rahmenbedingungen. Wir meinen es ernst mit den Zielvereinbarungen und erwarten auch von der Hochschule und ihrem Rektorat, dass sie es tun. Gleichzeitig

appellieren wir an alle, keine sachfremden Geschütze aufzufahren. Damit meine ich, dass die Überlegungen der Kollegin Birk wenig hilfreich waren.